

20. August 1980

5. Die Delegation wird zudem für nachgewiesene Repräsentationsausgaben über Fr. 1'000.-- zu Lasten des KSZE-Kreditens des Bundes (Rubrik 201.33.02) verfügen können.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE),
Vorbereitungstreffen in Madrid, ab 9. September 1980, Delegation,
Richtlinien

Departement für auswärtige Angelegenheiten. Antrag vom
30. Juni 1980 (Beilage)
Militärdepartement. Mitbericht vom 4. Juli 1980 (Beilage)
Finanzdepartement. Mitbericht vom 3. Juli 1980 (Zustimmung)
Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 3. Juli 1980
(Zustimmung)
Departement für auswärtige Angelegenheiten. Notizen vom
4. Juli und 11. August 1980
(Beilage)

Gestützt auf den Antrag des Departements für auswärtige Angelegenheiten und auf das Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Den Richtlinien gemäss Antrag des Departements für auswärtige Angelegenheiten für die schweizerische Delegation wird zugestimmt, von der Erwartung ausgehend, dass
 - a. jede Präjudizierung der Hauptkonferenz durch die Vorkonferenz zu vermeiden ist, und
 - b. die Optionen des Bundesrates auf der ganzen Linie offen gelassen werden.
2. Die schweizerische Delegation am Vorbereitungstreffen der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid (ab 9. September 1980) setzt sich wie nachstehend zusammen:
 - Botschafter Edouard Brunner, stellvertretender Direktor der Politischen Direktion des EDA, Chef der Delegation;
 - Petar Troendle, diplomatischer Adjunkt des EDA, Sachbearbeiter für KSZE-Fragen.
3. Nach Bedarf kann die Delegation weitere Experten, auch aus dem Eidgenössischen Militärdepartement und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, beiziehen. Insbesondere wird sich der Chef der Delegation je nach den Umständen durch seinen Stellvertreter Dr. Hansjörg Renk, diplomatischer Adjunkt des EDA, vertreten lassen können.
4. Im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt wird den Mitgliedern der Delegation für die ganze Dauer des Vorbereitungstreffens ein Taggeld von Fr. 125.-- gewährt. Der Delegationschef oder bei seiner Abwesenheit sein Stellvertreter erhält überdies eine tägliche Zulage von Fr. 15.-- für nachgewiesene Auslage in dieser Funktion.



5. Die Delegation wird zudem für nachgewiesene Repräsentationsspesen über Fr. 1'000.-- zu Lasten des KSZE-Kredites des Bundes (Rubrik 201.373.02) verfügen können.

Protokollauszug an:

- EDA 6 zum Vollzug
- EMD 4 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- EVD 5 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

An den Bundesrat

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schwanke

Durch die Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki am 1. August 1975 (BSP vom 9. Juli 1975) hat sich die Schweiz verpflichtet, auch an weiteren, im Kapitel "Folgen der Konferenz" der Schlussakte vorgesehenen Treffen teilzunehmen. Dem entsprechend war die Schweiz ersten derartigen Treffen, welches vom 4. Oktober 1977 bis zum 9. März 1978 in Belgrad stattfand, vertreten.

Das abschliessende Dokument des Belgrader KSZE-Folgetreffens hat im Rahmen der "Folgen der Konferenz" drei Treffen von Experten der Teilnehmerstaaten - an denen die Schweiz teilgenommen hat - sowie das zweite dieser Nachfolgetreffen vorgesehen. Dieses soll "in Übereinstimmung mit einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte und ihrer (der Teilnehmerstaaten) bekundeten Entschlossenheit, den durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozess fortzusetzen", am Dienstag, den 11. November 1980, in Madrid stattfinden.

Das abschliessende Dokument von Belgrad sieht ferner vor, dass in Madrid am Donnerstag, den 9. September 1980, ein Vorbereitungstreffen stattfinden soll, an dem die geeigneten Modalitäten für das eigentliche Madrider Treffen zu erörtern sind.

p.B.72.9.15.1. - TR/ig

Bern, den 30. Juni 1980

AusgeteiltAn den Bundesrat

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE);
Vorbereitungstreffen in Madrid, ab 9. September 1980

I.

Durch die Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki am 1. August 1975 (BRB vom 9. Juli 1975) hat sich die Schweiz verpflichtet, auch an weiteren, im Kapitel "Folgen der Konferenz" der Schlussakte vorgesehenen Treffen teilzunehmen. Dem entsprechend war die Schweiz am ersten derartigen Treffen, welches vom 4. Oktober 1977 bis zum 9. März 1978 in Belgrad stattfand, vertreten.

Das abschliessende Dokument des Belgrader KSZE-Folgetreffens hat im Rahmen der "Folgen der Konferenz" drei Treffen von Experten der Teilnehmerstaaten - an denen die Schweiz teilgenommen hat - sowie das zweite dieser Nachfolgetreffen vorgesehen. Dieses soll "in Uebereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte und ihrer (der Teilnehmerstaaten) bekundeten Entschlossenheit, den durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozess fortzusetzen", ab Dienstag, den 11. November 1980, in Madrid stattfinden.

Das abschliessende Dokument von Belgrad sieht ferner vor, dass in Madrid ab Dienstag, den 9. September 1980, ein Vorbereitungstreffen stattfinden soll, um die geeigneten Modalitäten für das eigentliche Madrider Treffen zu beschliessen.

II.

Das Vorbereitungstreffen hat somit im Prinzip lediglich die Aufgabe, den organisatorischen und prozeduralen Rahmen für das Haupttreffen festzulegen. Die Verhandlungen, die wohl vier bis sechs Wochen und schlimmstenfalls bis kurz vor Eröffnung der Hauptkonferenz dauern könnten, werden erfahrungsgemäss trotzdem und angesichts des angespannten Ost-West-Verhältnisses noch erhöhten politischen Gehalt aufweisen; man könnte sich beispielsweise vorstellen, dass seitens gewisser Teilnehmerstaaten der Versuch unternommen wird, eine selektive Traktandenliste aufzustellen, um unangenehme Themen von Madrid auszuschliessen. Jedenfalls dürften die Beschlüsse des Vorbereitungstreffens das Geschehen der Madriderkonferenz und damit zugleich deren Erfolgsaussichten massgeblich beeinflussen.

Angesichts der vorliegenden ungewissen Ausgangslage können der schweizerischen Delegation keine genauen Instruktionen erteilt werden. Die Delegation wird vielmehr die tatsächlich vorliegenden konkreten Vorschläge prüfen und nach Rücksprache mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und über dieses, nötigenfalls mit anderen für spezielle Sachfragen zuständigen Departementen, namentlich dem Eidgenössischen Militärdepartement und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, dazu Stellung nehmen und die schweizerische Haltung darlegen und verteidigen müssen.

Nach Ansicht des Departements und aufgrund von zahlreichen bilateralen und multilateralen Konsultationen und Kontakten mit Teilnehmerstaaten sowohl der beiden Allianzen sowie der Neutralen und Nicht-Paktgebundenen Europas kann im Sinne von allgemeinen Richtlinien für die Delegation immerhin folgendes festgehalten werden: Soweit möglich sollten die "Beschlüsse" des Vorbereitungstreffens zur Organisation des Belgrader Treffens für Madrid übernommen werden. Allerdings wären die Verhandlungen besser zu strukturieren, indem eine klarere Trennung zwischen den zwei Phasen der Konferenz, nämlich Debatte über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte und Ausarbeitung von neuen Massnahmen, hergestellt würde. Das Vorbereitungstreffen schliesslich sollte

beschliessen können, auf welchem Niveau das Madridertreffen abgehalten werden soll. Es scheint sich die Tendenz abzuzeichnen, dass die meisten Staaten durch ihre Aussenminister vertreten sein werden, zumindest zu Beginn des Treffens (11. November 1980).

Das Departement möchte sich im weiteren darauf beschränken, die Schweizerische Delegation für das am 9. September 1980 in Madrid beginnende Vorbereitungstreffen vorzuschlagen. Nach Abschluss desselben wird das Departement dem Bundesrat einen neuen Antrag im Hinblick auf das eigentliche Madridertreffen unterbreiten, welcher die Zusammensetzung der Delegation für dieses Treffen sowie die Instruktionen für die Delegation umfassen wird.

III.

Unter diesen Voraussetzungen beehren wir uns, zu

b e a n t r a g e n :

1. Die oben beschriebenen Richtlinien für die schweizerische Delegation werden genehmigt.
2. Die schweizerische Delegation am Vorbereitungstreffen der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid (ab 9. September 1980) setzt sich wie folgt zusammen:
 - Botschafter Edouard Brunner, stellvertretender Direktor der Politischen Direktion des EDA, Chef der Delegation
 - Petar Troendle, diplomatischer Adjunkt des EDA, Sachbearbeiter für KSZE-Fragen.
3. Nach Bedarf kann die Delegation weitere Experten, auch aus dem Eidgenössischen Militärdepartement und dem Eidgenössischen Wirtschaftsdepartement, beiziehen. Insbesondere wird sich der Chef der Delegation je nach den Umständen durch seinen Stellvertreter

Dr. Hansjörg Renk, diplomatischer Adjunkt des EDA, vertreten lassen können.

4. Im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt wird den Mitgliedern der Delegation für die ganze Dauer des Vorbereitungstreffens ein Taggeld von Fr. 125.- gewährt. Der Delegationschef oder bei seiner Abwesenheit sein Stellvertreter erhält überdies eine tägliche Zulage von Fr. 15.- für nachgewiesene Auslagen in dieser Funktion.
5. Die Delegation wird zudem für nachgewiesene Repräsentationsspesen über Fr. 1'000.- zu Lasten des KSZE-Kredites des Bundes (Rubrik 201.373.02) verfügen können.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE),
Vorbereitungstreffen in Madrid, ab 9. September 1980

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Mitbericht
auf Antrag des Eidg. Departements für
Angelegenheiten vom 30. Juni 1980



Pierre Aubert

Zum Mitbericht an:

EFZD
EVD
EMD

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevalier



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

dodis.ch/64956

Kontr.-Nr. }
No de contr. }
N. di contr. }

Berne, le 4 juillet 1980

034.29/80

Ausgeteilt

3003 Bern, 4. Juli 1980

NOTE AU CONSEIL FÉDÉRAL

An den Bundesrat

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE);
Vorbereitungstreffen in Madrid, ab 9. September 1980

Mitbericht

zum Antrag des Eidg. Departements für auswärtige
Angelegenheiten vom 30. Juni 1980

Den Richtlinien für die schweizerische Delegation am Vorbereitungstreffen der KSZE-Nachfolgekonferenz können wir zustimmen. Wir widersetzen uns auch nicht der vorgeschlagenen Zusammensetzung der schweizerischen Delegation. Wir fragen uns lediglich, ob angesichts des mit Sicherheit erhöhten politischen - auch militärpolitischen - Gehalts des Vorbereitungstreffens nicht von allem Anfang an ein Vertreter des Militärdepartements der Delegation angehören sollte.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevallaz

LE CHEF

DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Berne, le 4 juillet 1980

NOTE AU CONSEIL FÉDÉRALLa CSCE, la réunion de Madrid
et le désarmement

1. En signant, le 1er août 1975 à Helsinki, l'Acte final de la CSCE, les 35 Etats participants se sont engagés, au titre des "suites de la Conférence", à:

"poursuivre le processus multilatéral amorcé par la Conférence, en procédant à un échange de vues approfondi sur la mise en oeuvre des dispositions de l'Acte final... en organisant à cette fin des rencontres entre leurs représentants, à commencer par une réunion au niveau des représentants désignés par les Ministres des affaires étrangères.."

2. Cette première réunion dans le cadre des suites de la CSCE qui avait pour but de procéder à un échange de vues approfondi sur la mise en oeuvre des dispositions de l'Acte final comme à l'étude de projets nouveaux, a eu lieu à Belgrade d'octobre 1977 à mars 1978. Elle a permis de tenir un large débat sur la mise en oeuvre des dispositions adoptées à Helsinki, notamment sur les déficiences constatées et documentées à ce propos dans les pays de l'Est. En revanche, des pro-

./.

grès concrets dans le sens de nouvelles mesures n'ont pas pu être accomplis, les pays de l'Est arguant surtout qu'il fallait leur laisser le temps de "digérer" l'Acte final.

La réunion de Belgrade a en outre décidé:

La tenue d'une nouvelle réunion dans le cadre des suites de la CSCE, à Madrid, le 11 novembre 1980, précédée d'une réunion préparatoire qui doit commencer le 9 septembre. Selon la procédure de la CSCE, cette décision a été prise par consensus, c'est-à-dire à l'unanimité, et toute décision de renvoi de cette réunion de Madrid devrait également être prise à l'unanimité, le cas échéant à la réunion préparatoire, ce qui dans l'état actuel des choses n'est pas une hypothèse de travail avec laquelle il faut compter.

En outre, à Belgrade, trois réunions d'experts ont été mises en place dont une, celle de Montreux qui se tint de novembre à décembre 1978, a été consacrée au projet d'élaboration d'un système de règlement pacifique des différends (initiative suisse).

3. Tous les 35 Etats participant sans exception sont aujourd'hui favorables à ce que Madrid se tienne aux dates prévues et se déroule selon le schéma adopté par l'Acte final, à savoir une réunion consacrée à la fois à une revue de la mise en oeuvre des dispositions de l'Acte par les 35 Etats participants et à une étude, et si possible l'adoption, de mesures nouvelles.

Sur le plan de l'Europe occidentale, le Comité du Conseil des ministres du Conseil de l'Europe, réuni à Lisbonne le 10 avril 1980, s'est prononcé à l'unanimité en faveur de la continuation du processus de la CSCE et la tenue de la réunion de Madrid aux dates prévues. Les Etats-Unis et le Canada partagent cet avis. Il en va de même des pays neutres et non-alignés qui ne sont pas membres du Conseil de l'Europe. Les pays de l'Est pour leur part sont également favorables au maintien des dates.

4. La situation internationale est aujourd'hui encore plus tendue qu'au moment de Belgrade. Les troupes soviétiques sont toujours en Afghanistan et les négociations Est-Ouest semblent au point mort. De l'avis de tous les pays occidentaux et neutres avec lesquels nous avons eu des entretiens, avis que nous partageons, Madrid servira un double but.

a) Rappeler d'une façon claire et sans équivoque à l'URSS l'inquiétude et la réprobation qu'a suscitées son invasion de l'Afghanistan. Lui faire comprendre que la détente ne pourra reprendre son cours que si une solution politique est trouvée à ce propos, solution dont un des éléments principaux consiste dans le retrait des troupes soviétiques de ce pays.

b) En même temps maintenir vivantes les structures du dialogue Est-Ouest et notamment le forum de la CSCE qui en est le plus important par la variété et le nombre des sujets traités.

* * * * *

Le dialogue Est-Ouest, comme le dialogue Nord-Sud, représente un effort continu qui passe nécessairement par des hauts et des bas et dont les structures péniblement mises en place ces dernières années doivent être maintenues vivantes pour permettre, le moment venu et lorsque les conditions le permettront de nouveau, de reprendre les négociations véritables sur les problèmes importants de l'Europe, que ce soit dans les domaines politique, militaire, économique et des droits de l'homme.

5. Pour la Suisse, la CSCE représente le seul forum politique où notre pays peut participer en pleine égalité avec tous les Etats d'Europe, plus le Canada et les Etats-Unis, à un dialogue et à d'éventuelles négociations sur une gamme très large des activités humaines qui

furent résumées dans l'Acte final d'Helsinki. Pour nous, un forum de ce genre a encore plus de valeur que pour les pays qui font partie des Nations Unies. En outre, il permet, en raison de la procédure et de la règle du consensus, aux petits pays de se faire entendre et d'avoir une influence sur les décisions prises.

Tous les orateurs qui ont participé au débat, le 18 mars 1980, au Conseil National comme au Conseil des Etats, sur la question de la CSCE, ainsi que ceux qui ont pris la parole lors de la réunion de la Commission des affaires étrangères du Conseil National du 8 mai 1980, ont été unanimes après avoir entendu nos explications pour constater qu'il conviendrait que Madrid ait lieu aux dates prévues et que la Suisse y tienne son rang sans toutefois espérer de cette réunion des miracles ou même des décisions importantes.

6. Les pays de l'Est depuis quelque temps mettent l'accent sur le volet militaire et de désarmement de la réunion de Madrid. Ils veulent, comme ils le proclament, "compléter la détente politique par la détente militaire". Ils appellent de leurs vœux une Conférence européenne du désarmement qui pourrait se tenir, selon eux, après la réunion de Madrid mais qui devrait être décidée dans la capitale espagnole. De leur côté, les puissances occidentales, menées en l'occurrence par la France qui a su faire partager ses vues dans un premier temps par les pays de la Communauté européenne, puis dans un second temps par les membres de l'Alliance atlantique, sont également en faveur de discuter de la sécurité militaire à Madrid et de prévoir une activité ultérieure sous forme d'une conférence par la suite. Toutefois, les finalités de l'initiative occidentale et l'articulation de cette conférence sont fort différentes des idées soviétiques. Du côté soviétique on veut simplement convoquer une conférence, avec Varsovie comme siège, conférence qui aurait un ordre du jour aussi large que possible et traiterait de tous les problèmes

européens du désarmement. Les Occidentaux estiment que cette initiative a surtout un côté démagogique et que son résultat, la conférence telle qu'elle est prévue par les Soviétiques, aurait avant tout un caractère déclamatoire. Ils se refusent dès lors à accepter à Madrid de mettre en place une conférence de cette nature. L'idée occidentale est différente. La voici succinctement exposée:

Décision à Madrid et élaboration d'un mandat pour une première phase de cette conférence qui devrait se tenir entre Madrid et la prochaine réunion analogue à celle de Madrid, cette première phase, comme d'ailleurs toute la conférence, étant organiquement liée au processus de la CSCE. Cette première phase aurait pour seul mandat d'améliorer les mesures de confiance militaire telles qu'elles existent déjà dans l'Acte final.* L'amélioration porterait sur

- l'extension de l'aire géographique à l'ensemble de l'Europe, c'est-à-dire jusqu'à l'Oural en englobant toute la Russie d'Europe, ce qui maintenant n'est pas le cas (bande de 250 km à partir des frontières occidentales de l'URSS);
- rendre ces mesures obligatoires (elles sont établies à l'heure actuelle sur une base volontaire);
- les rendre vérifiables.

Une fois cette phase terminée, ce n'est qu'à ce moment-là (pas avant 1982 ou 1983) et en se fondant sur les résultats de cette première phase que les 35 pays devront décider s'ils veulent passer à la seconde phase qui porterait, elle, sur le désarmement véritable. Il n'y aurait donc aucun automatisme entre la première et la seconde phase.

* voir page 6, lettre e)

7. Dans toutes nos conversations avec nos partenaires, nous avons fait valoir, d'entente avec le Département militaire fédéral,
- a) que dans l'état actuel de la situation internationale une conférence européenne de désarmement n'aurait que peu de chance de succès vu la méfiance qui existe entre l'Est et l'Ouest;
 - b) que nous ne sommes même pas sûrs que Madrid pourra élaborer un mandat pour une première phase telle qu'elle est conçue par les Occidentaux; cela reviendrait à transformer Madrid en une conférence préparatoire du désarmement (déséquilibre);
 - c) que si cela n'était pas possible, nous pourrions envisager la mise en place d'un groupe d'experts qui, lui, pourrait élaborer ce mandat (ce qui ferait gagner encore du temps). D'une façon générale nous avons également fait valoir que nous sommes tout fait favorables à un lien organique entre le processus de la CSCE et les efforts faits dans le domaine de la sécurité militaire.
 - d) que nous voulons que toute conférence éventuelle en une ou deux phases soit soigneusement préparée et que l'on ne saute pas à pieds joints de Madrid dans une conférence sans préparation adéquate. Nous avons pu faire partager ces vues par la plupart de nos interlocuteurs.
 - e) Avec les autres pays neutres et certains pays non-alignés, nos experts militaires ont mis au point un document qui porte sur une amélioration modeste des mesures de confiance actuellement existantes (annonces de manoeuvres, invitations d'observateurs, mouvements de troupes).

Bern, den 11. August 1980

8. Il est évident qu'à Madrid les affaires de désarmement et de sécurité militaire prendront une place plus grande que lors de la réunion de Belgrade. A notre sens, comme pour tous les pays du Conseil de l'Europe, il convient néanmoins de maintenir un équilibre entre les différents sujets de la CSCE et ne pas laisser Madrid se transformer en une conférence du désarmement. Nous appuyerons dès lors toute initiative venant du côté occidental pour établir à Madrid une meilleure protection des droits de l'homme. Pour notre part, comme à Belgrade, nous proposerons un projet dans le domaine de l'information (meilleure diffusion, amélioration des conditions de travail des journalistes). L'Autriche et l'Espagne se joindront à ce projet. Enfin, nous reprendrons notre projet pour la mise en place d'un système de règlement pacifique des différends et demanderons qu'une nouvelle réunion se tienne après Madrid.

Dans le domaine économique, d'entente avec l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, notre attention se porte particulièrement sur le domaine des échanges commerciaux, notamment

- a) les pratiques d'échanges compensés (demandées de plus en plus par l'Est et qui peuvent, à notre sens, perturber un développement harmonieux des courants commerciaux Est-Ouest);
- b) l'amélioration des échanges d'informations économiques et commerciales et, plus généralement, tout le problème de la transparence des conditions dans lesquelles se développent ces courants;
- c) l'arbitrage commercial international.

En outre, la coopération industrielle pourrait être un domaine d'intérêt. Quant aux questions de l'énergie et des transports, sur lesquelles les pays de l'Est mettront un accent particulier, la Suisse devrait se montrer réservée, car ces sujets ne se prêtent guère à une discussion approfondie dans le cadre Est-Ouest.

CONCLUSION

Nous pensons aller à Madrid sans illusions, mais aussi dans la conviction qu'un forum comme celui-ci doit être maintenu vivant pendant des temps meilleurs. Il est important en outre d'être présent là où il sera question de problèmes militaires, de sécurité et de désarmement, car directement ou indirectement ils peuvent toucher à la sécurité de notre pays. Nous adopterons dans ce domaine une attitude prudente sans oublier toutefois que le Conseil fédéral a été favorable dans la déclaration qu'il a fait remettre à l'Assemblée générale spéciale des Nations Unies en mai 1978 aux tentatives régionales de chercher des solutions aux problèmes du désarmement. Nous mettrons également tout en oeuvre pour que dans le domaine des droits de l'homme, de l'information, des contacts et de la libre circulation des personnes, le sort des Européens vivant dans les pays de l'Est sous régime communiste connaissent à Madrid une amélioration. La majorité sinon tous les pays occidentaux et neutres ont à peu près la même conception de Madrid. A savoir que si l'URSS veut que la détente reprenne son cours, il faut qu'elle accepte dans la capitale espagnole que des pas concrets, substantiels et vérifiables soient faits tant dans le domaine de la sécurité que dans celui des droits de l'homme pour rétablir la confiance entre l'Est et l'Ouest que son invasion en Afghanistan a très largement détruite.

Pierre Aubert

DER VORSTEHER

DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTES
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den 11. August 1980

Notiz an den BundesratKonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE);
Vorbereitungstreffen in Madrid, ab 9. September 1980

Sie haben an Ihrer Sitzung vom 9. Juli 1980 dem Antrag des Departements betreffend obgenanntes Vorbereitungstreffen zugestimmt, dabei jedoch den Wunsch geäußert, zusätzlich über einige Grundsätze orientiert zu werden, die der schweizerischen Delegation als Instruktionen dienen. Wir kommen mit vorliegender Notiz diesem Begehren nach.

Es sei noch einmal daran erinnert, dass sich die 35 Teilnehmerstaaten der KSZE durch die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 verpflichtet haben, in Zukunft in unregelmässigen Abständen Folgetreffen abzuhalten. Diesen Treffen ist eine doppelte Aufgabe zugeordnet: Sie sollen einerseits Rückschau auf die seit dem letzten Treffen erfolgten Entwicklungen - positive wie negative - in den Beziehungen der KSZE-Staaten halten und andererseits neue Massnahmen beschliessen, die der Vertiefung dieser Beziehungen dienen.

Das erste dieser Folgetreffen fand vom Oktober 1977 bis März 1978 auf hoher Beamtenebene in Belgrad statt. Es wurde eingeleitet durch ein Vorbereitungstreffen, welches vom Juni bis August 1977 ebenfalls in Belgrad Tagesordnung und Prozedur des Haupttreffens festlegte.

- 2 -

In Belgrad beschlossen die Teilnehmerstaaten, ein weiteres Folgetreffen abzuhalten. Dieses wird ab 11. November 1980 in Madrid stattfinden. Es wird wiederum durch ein Vorbereitungstreffen eingeleitet, welches am 9. September ebenfalls in der spanischen Hauptstadt beginnt und ca. vier bis sechs Wochen dauern dürfte.

Die Beschlüsse, die seinerzeit am Vorbereitungstreffen bezüglich Prozedur, Tagesordnung, Organisation und zeitlichen Ablauf des Belgrader Treffens gefasst wurden, haben sich bewährt (s. Beilage 1). Sie sollten daher unseres Erachtens ohne grosse Aenderungen auf das Madrider Treffen übertragen werden. Die schweizerische Delegation am Vorbereitungstreffen wird sich daher dafür einsetzen, dass die Belgrader Prozedurbeschlüsse nur dort angepasst werden, wo es die Umstände wirklich erfordern.

Der wichtigste Punkt, mit dem sich das Vorbereitungstreffen zu befassen hat, betrifft die Tagesordnung des Haupttreffens. Entsprechend der erwähnten Doppelaufgabe eines KSZE-Folgetreffens zerfällt die Tagesordnung in einen rückblickenden und einen vorausschauenden Teil. Der rückblickende Teil wird die ersten vier bis fünf Wochen des Haupttreffens ausfüllen. Diese sogenannte "Implementierungsdebatte" gibt jedem Teilnehmerstaat das Recht, die Handlungen und Unterlassungen eines jeden andern seit dem letzten Folgetreffen zu kommentieren und wenn nötig zu kritisieren. Alles, was in der Schlussakte verzeichnet ist, steht eo ipso zur Debatte. Damit besteht auch für Madrid Gewähr, dass Verstösse gegen die Prinzipien der Schlussakte oder gegen andere Bestimmungen dieses Dokuments erwähnt und offen besprochen werden können. Kein Teilnehmerstaat kann sich einer Debatte widersetzen, wenn sie durch die Schlussakte abgedeckt ist. Dies gilt für das Thema "Menschenrechte" ebenso sehr wie für das Thema "Afghanistan". Die Tatsache, dass Afghanistan kein KSZE-Teilnehmerstaat ist, spielt dabei keine Rolle, denn die Unterzeichner der Schlussakte haben sich verpflichtet, "ihre Beziehungen zu allen anderen Staaten im Geiste der in der Schlussakte

enthaltenen Prinzipien zu gestalten". Die schweizerische Delegation am Madrider Vorbereitungstreffen wird alles daran setzen, dass am Haupttreffen eine möglichst umfassende und offene Debatte über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte stattfinden kann.

Der zweite, in die Zukunft gerichtete Teil der Tagesordnung hat zum Ziel, neue Massnahmen zu beschliessen, die in einem Schlussdokument zusammengefasst werden. Die Redaktion dieses Dokuments erfolgt aufgrund der von Delegationen eingereichten Vorschläge.

Während des Belgrader Treffens war die Trennungslinie zwischen diesen beiden Teilen der Tagesordnung nicht eindeutig genug gezogen. Die schweizerische Delegation am Madrider Vorbereitungstreffen wird sich für eine klarere Trennung zwischen den beiden Teilen der Tagesordnung - und somit der Konferenz selbst - einsetzen. Beiden Teilen soll der ihnen zustehende zeitliche Rahmen eingeräumt werden. Nach Abschluss des ersten Teils (Implementierungsdebatte) soll jedoch nicht mehr auf Vergangenes zurückgekommen werden können, um die ohnehin schwierige Ausarbeitung neuer Massnahmen nicht zusätzlich zu belasten. Vorbehalten bleibt selbstverständlich die Erwähnung von Ereignissen, die sich während der Konferenz selbst einstellen (z.B. neue Dissidentenprozesse).

Das Vorbereitungstreffen wird sich auch mit der Frage der Dauer des Haupttreffens befassen müssen. Angesichts der negativen Erfahrungen mit einem offenen Schlusstermin für das Belgrader Treffen wird sich die Schweiz für eine Formulierung einsetzen, die es erlaubt, das Haupttreffen an einem voraussehbaren Datum abzuschliessen, vorausgesetzt, dass zuvor ein Beschluss über Ort und Zeitpunkt des nächsten Folgetreffens gefasst wurde.

Eine weitere Frage, mit der sich das Vorbereitungstreffen auseinandersetzen muss, ist die Ebene, auf welcher das Haupttreffen im November begonnen werden soll. Eine Reihe von westlichen und neutralen Staaten haben sich informell dafür ausgesprochen, zumindest wäh-

- 4 -

rend der ersten Woche die Aussenminister nach Madrid kommen zu lassen, um dem Treffen einen höheren politischen Stellenwert zu verleihen. Bundesausserminister Genscher hat bereits öffentlich erklärt, er werde auf alle Fälle nach Madrid gehen. Die Oststaaten wären eher geneigt, Madrid auf der Ebene der Aussenminister zu beenden. Die schweizerische Delegation wird in diesem Punkt eine offene Haltung einnehmen. Sie wird eine Beteiligung der Aussenminister am Anfang und/oder Ende selbst nicht propagieren, sich aber einem möglichen Konsens in der einen oder anderen Richtung nicht widersetzen.

Obwohl das Madrider Vorbereitungstreffen die alleinige Aufgabe hat, die organisatorischen Grundlagen für das Novembertreffen zu erarbeiten, wird sich die als Folge der sowjetischen Intervention in Afghanistan angespannte internationale Lage bereits in diesem Stadium auf die Verhandlungen auswirken. Das politische Umfeld von Madrid 1980 unterscheidet sich ganz wesentlich von denjenigen von Helsinki 1975 und selbst von Belgrad 1977.

Angesichts dieser Lage besteht das Risiko, dass die politische Grundsatzdebatte, die erst für den November vorgesehen ist, bereits im September vorweggenommen wird. Namentlich die UdSSR und ihre Verbündeten könnten ein Interesse daran haben, schon am Vorbereitungstreffen Substanzfragen aufzubringen, um das Novembertreffen zu "entschärfen" und in ihrem Sinne festzulegen. Das Vorbereitungstreffen würde so zur Vorkonferenz. Dies gilt es zu verhindern. Die schweizerische Delegation am Vorbereitungstreffen wird sich daher dafür einsetzen, dass sich dieses Treffen strikt an das ihm aufgetragene Mandat hält und das Haupttreffen in keiner Weise substantiell präjudiziert.

So oder so wird jedoch das Novembertreffen seine Schatten schon auf das Vorbereitungstreffen werfen. Wir möchten daher im folgenden einen kurzen Ausblick auf das eigentliche Madrider Treffen geben. Die genauen Instruktionen an die schweizerische Delegation während des Haupttreffens werden Ihnen Ende Oktober zusammen mit dem Antrag für die Delegation im Einvernehmen mit dem EMD und dem EVD zugehen.

Die schweizerische Delegation am Haupttreffen von Madrid wird mit aller Klarheit feststellen müssen, dass nach den Ereignissen in Afghanistan ein "business as usual" nicht ohne weiteres möglich ist: Für uns ist die Entspannung unteilbar; wird sie irgendwo in der Welt verletzt, so ist sie auch in Europa in Frage gestellt. Es wird auch das Anliegen der schweizerischen Delegation sein, der Sowjetunion zu verstehen zu geben, dass ohne reelle Konzessionen, namentlich im Hinblick auf einen Truppenrückzug aus Afghanistan, die Détente, wie sie in der Schlussakte von Helsinki definiert ist, nicht weitergeführt werden kann.

Einer der Gründe der Schwierigkeiten des Belgrader Treffens war die zu hohe Zahl von Vorschlägen (über 100). Die meisten Teilnehmerstaaten haben im Hinblick auf Madrid die Absicht geäußert, sich bei der Einreichung von Vorschlägen zurückzuhalten. Hierfür besteht jedoch keine Garantie.

Es muss namentlich damit gerechnet werden, dass mehrere Vorschläge zum Thema "Abrüstung" eingebracht werden. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten werden versuchen, diesem Thema ein vorrangiges Gewicht zu geben. Sie werden darauf drängen, dass in Madrid die Abhaltung einer späteren europäischen Abrüstungskonferenz beschlossen wird. Damit besteht die Gefahr, dass die Abrüstungsdebatte die anderen Themen in Madrid an den Rand drückt und das Treffen bereits in eine Abrüstungskonferenz umgewandelt wird. Dies liegt nicht im Interesse der westlichen und neutralen Staaten, die auf der Erhaltung des Gleichgewichtes unter den einzelnen "Körben" der Schlussakte bestehen werden; mit anderen Worten, dass insbesondere das Thema "Menschenrechte" nicht zu kurz kommt. Die NATO-Staaten ihrerseits werden ebenso Vorschläge zum Thema "Abrüstung" einbringen, die sich im wesentlichen auf den französischen Plan einer Abrüstungskonferenz in zwei Etappen stützen (1. Phase: Erweiterung der vertrauensbildenden Massnahmen (Ankündigung von Manövern und Truppenbewegungen) in geographischer Hinsicht, Obligatorium und Ueberprüfbarkeit dieser Massnahmen; 2. Phase: Eigentliche Abrüstungsfragen. Diese gelangt nur zur Durchführung, wenn bei der 1. Phase Erfolge erzielt werden.).

- 6 -

Wir werden vor Ende August anlässlich von KSZE-Konsultationen mit Vertretern Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Italiens nähere Auskünfte über die Beschlüsse erhalten, welche die NATO in dieser Sache an ihrer letzten Tagung vom 26. Juni 1980 in Ankara gefasst hat. Die schweizerische Delegation wird sich in diesen Fragen Zurückhaltung auferlegen. Sie wird sich an die Grundsätze halten, welche der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 24. Mai 1978 zur UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung bezüglich der regionalen Abrüstung niedergelegt hat.

Bei eigenen Vorschlägen wird sich die Schweiz auf jene Bereiche konzentrieren, die schon bisher den Schwerpunkt ihrer Aktivität an der KSZE bildeten. Sie wird, voraussichtlich zusammen mit Oesterreich, Spanien und eventuell Schweden, einen Vorschlag zum Thema "Information" einbringen (s. Beilage 2), ein weiteres Expertentreffen für die friedliche Streitbeilegung beantragen sowie den gemeinsamen Vorschlag der Neutralen und Nichtpaktgebundenen Staaten Europas im Bereich der vertrauensbildenden Massnahmen unterstützen. Dieser Vorschlag ist an mehreren Tagungen der genannten Staaten erarbeitet worden. Das EMD war an der Formulierung dieses Papiers massgeblich beteiligt (s. Beilage 3).

Im wirtschaftlichen Bereich der KSZE wird sich die Schweiz insbesondere auf folgende Punkte konzentrieren: Probleme der Kompensationsgeschäfte im Ost/West-Handel, Transparenz der Handelsbedingungen, Verbesserung der geschäftlichen Information, Streitschlichtung in Handelsfragen, industrielle Zusammenarbeit.



Pierre Aubert

Beilagen:

- 1) Beschlüsse des Belgrader Vorbereitungstreffens 1977 (D)
- 2) Vorschlag über Information D und F
- 3) CBM-Vorschlag auf E (Originalversion), D und F

BESCHLÜSSE

DES VORBEREITUNGSTREFFENS ZUR ORGANISATION DES BELGRADER TREFFENS 1977 DER VERTRETER DER TEILNEHMERSTAATEN DER KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA, WELCHES AUF DER GRUNDLAGE DER BESTIMMUNGEN DER SCHLUSSAKTE BETREFFEND DIE FOLGEN DER KONFERENZ ABGEHALTEN WIRD

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa tagten die Vertreter Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, des Heiligen Stuhls, Irlands, Islands, Italiens, Jugoslawiens, Kanadas, Liechtensteins, Luxemburgs, Maltas, Monacos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, der Tschechoslowakei, der Türkei, Ungarns, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Zyperns in Belgrad vom 15. Juni bis 5. August 1977, um das Belgrader Treffen 1977 zu organisieren, das auf der Ebene der von den Aussenministern benannten Vertreter der Teilnehmerstaaten abgehalten wird.

Während der Eröffnungssitzung des Vorbereitungstreffens richtete S. E. Miloš Minić, Vizepräsident des Bundesexekutivrates und Bundessekretär für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, das Wort an die Teilnehmer.

Das Vorbereitungstreffen nahm die folgenden Beschlüsse über das Datum, die Dauer, die Tagesordnung und die anderen Modalitäten des Belgrader Treffens 1977 an.

I. TAGESORDNUNG

1. Offizielle Eröffnung des Treffens;

Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes;

Ansprache des Generalsekretärs der Vereinten Nationen oder seines Vertreters.

2. Eröffnungserklärungen der Vertreter der Teilnehmerstaaten.
3. Beiträge:
 - a) der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und der UNESCO;
 - b) der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten.
4. Ein vertiefter Meinungs austausch
sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben
als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft.
Prüfung von Vorschlägen betreffend die obigen Fragen.
5. Festlegung der geeigneten Modalitäten für die Abhaltung weiterer Zusammenkünfte in Übereinstimmung mit allen Bestimmungen des Kapitels der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz.
6. Redaktion eines abschliessenden Dokumentes, das Beschlüsse bezüglich der oben erwähnten Punkte der Tagesordnung enthalten wird.
7. Annahme des abschliessenden Dokumentes.
8. Schlusserklärungen der Vertreter der Teilnehmerstaaten.
9. Offizieller Abschluss des Treffens.

II. ORGANISATORISCHER RAHMEN, ZEITPLAN UND ANDERE MODALITÄTEN DES TREFFENS

1. Die Punkte 1, 2, 3a und 7, 8, 9 der Tagesordnung werden in offenen Plenarsitzungen behandelt.
2. Die Punkte 3b, 4, 5 und 6 der Tagesordnung werden im Plenum, dem Hauptorgan des Treffens, behandelt, sowie in den entsprechenden subsidiären Arbeitsorganen für:

Fragen der Sicherheit in Europa

Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt

Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen

Folgen der Konferenz.

Weitere subsidiäre Arbeitsorgane können vom Plenum zur Behandlung spezifischer Fragen eingesetzt werden.

3. Die entsprechenden subsidiären Arbeitsorgane werden alle Aspekte des Punktes 4 der Tagesordnung in geordneter Weise entsprechend allen einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte behandeln. Sie werden bei ihrer Arbeit vom Plenum geleitet und erstatten diesem Bericht.
4. Die Diskussion unter Punkt 4 der Tagesordnung beginnt mit einer Generaldebatte im Plenum mit dem Ziel, die Arbeit der subsidiären Arbeitsorgane an allen Kapiteln der Schlussakte einzuleiten. Diese subsidiären Arbeitsorgane nehmen ihre Arbeit nicht später als zwei Wochen nach Beginn des Treffens auf.
5. Die nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten werden eingeladen, falls sie es wünschen, ihre Beiträge im Plenum und im entsprechenden subsidiären Arbeitsorgan zu leisten, im Zusammenhang mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlussakte über die Verwirklichung der im Kapitel über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum genannten Ziele. Dieses Organ kann, wenn es dies als notwendig erachtet, beschliessen, diese Staaten einzuladen, im Laufe des Treffens ergänzende Beiträge zu leisten. Der Exekutivsekretär wird diesen Staaten die Einladungen übermitteln und nach Beratung mit ihnen dem Plenum den Zeitpunkt für ihre Beiträge vorschlagen, die möglichst innerhalb der dritten Woche des Treffens erfolgen sollen.
6. Die ECE und die UNESCO werden eingeladen, ihre Beiträge in offener Plenarsitzung am Ende der Eröffnungserklärungen zu leisten. Der Inhalt dieser Beiträge wird in den entsprechenden Arbeitsorganen behandelt. Das Plenum kann auch beschliessen, diese beiden Organisationen einzuladen, Beiträge in den entsprechenden subsidiären Arbeitsorganen zu leisten. Der Exekutivsekretär wird diesen Organisationen die Einladungen übermitteln und nach Beratung mit ihnen dem Plenum den Zeitpunkt für ihre Beiträge vorschlagen.
7. Die Sitzungen des Plenums und der subsidiären Arbeitsorgane werden entsprechend dem Arbeitsprogramm abgehalten, das diesem Dokument als Anlage beiliegt. Das nachfolgende Arbeitsprogramm wird den Arbeitsrhythmus widerspiegeln, der in der Anlage von der vierten Woche an vorgesehen ist, und den von den verschiedenen Arbeitsorganen erzielten Fortschritt sowie die eingebrachten Vorschläge berücksichtigen.
8. Die Verfahrens- und die Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der Konferenz werden sinngemäss auf das Treffen angewendet.
9. In Übereinstimmung mit den Verfahrensregeln hat die Regierung Jugoslawiens den Exekutivsekretär bestimmt, und die Teilnehmerstaaten haben dieser Ernennung zugestimmt.

10. Die Eröffnungserklärungen gemäss Punkt 2 der Tagesordnung werden in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Schweiz, Niederlande, Rumänien, Norwegen, Portugal, San Marino, Schweden, Bulgarien, Jugoslawien, Türkei, Finnland, Island, Bundesrepublik Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, Spanien, Griechenland, Frankreich, UdSSR, Grossbritannien, Polen, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Heiliger Stuhl, Ungarn, Deutsche Demokratische Republik, Malta, Monaco, Belgien, Italien, Zypern, Dänemark, Irland.

Die Erklärungen sollen in der Regel 30 Minuten pro Redner nicht überschreiten.

11. Die Schlusserklärungen gemäss Punkt 8 der Tagesordnung werden in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Tschechoslowakei, Vereinigte Staaten von Amerika, Deutsche Demokratische Republik, Griechenland, Spanien, Norwegen, Österreich, Schweden, Belgien, Irland, Bulgarien, Ungarn, Türkei, Jugoslawien, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Monaco, Schweiz, UdSSR, Heiliger Stuhl, Malta, Rumänien, Finnland, Frankreich, Kanada, Polen, Dänemark, Portugal, Grossbritannien, Island, Niederlande, Luxemburg, San Marino, Zypern, Liechtenstein.

Die Erklärungen sollen in der Regel 20 Minuten pro Redner nicht überschreiten.

12. Den Vorsitz bei der Eröffnungs- und der Schlussitzung des Plenums führt der Vertreter Jugoslawiens. Nach der Eröffnungssitzung wechselt der Vorsitz täglich in der Reihenfolge des französischen Alphabets, beginnend mit dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland.
13. Das Treffen wird am 4. Oktober 1977 um 11.00 Uhr eröffnet. Vom Beginn der achten Woche an nimmt das Plenum Berichte der subsidiären Arbeitsorgane entgegen. Die subsidiären Arbeitsorgane beenden ihre Arbeit bis zum 16. Dezember 1977, um dem Plenum genügend Zeit für die Redaktion des abschliessenden Dokumentes zu geben. Zu diesem Zweck kann das Plenum Redaktionsgruppen einsetzen. Jede Anstrengung sollte gemacht werden, um eine Einigung über das abschliessende Dokument bis spätestens 22. Dezember 1977 zu erreichen. Ist dies bis zu diesem Zeitpunkt nicht geschehen, so wird die Arbeit Mitte Januar wieder aufgenommen für die Dauer bis Mitte Februar 1978, um die Redaktion des abschliessenden Dokumentes zu vollenden. Das Treffen wird in Übereinstimmung mit der Tagesordnung in jedem Falle mit der Annahme seines abschliessenden Dokumentes und der Festlegung von Zeitpunkt und Ort des nächsten ähnlichen Treffens enden.

Belgrad, 5. August 1977

Bern, den 24. Juli 1980

I N F O R M A T I O N

Entsprechend der Zielsetzung der Schlussakte der KSZE, die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, die Zusammenarbeit im Bereich der Information und den Informationsaustausch mit anderen Ländern zu fördern sowie die Bedingungen zu verbessern, unter denen Journalisten aus einem Teilnehmerstaat ihren Beruf in einem anderen Teilnehmerstaat ausüben, sowie

unter Berücksichtigung der seit der Unterzeichnung der Schlussakte eingetretenen Entwicklung in diesem Bereich

haben die Teilnehmerstaaten folgendes angenommen:

Die Teilnehmerstaaten erklären sich bereit, alle Möglichkeiten anzuwenden, um auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten weiter zu erleichtern.

Sie werden insbesondere ihre Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebots von Zeitungen und Zeitschriften aus anderen Teilnehmerstaaten an öffentlich zugänglichen Verkaufsstellen voll ausnützen. Bei der Auswahl des Angebotes werden sie die Meinungsvielfalt in den Herkunftsländern dieser Zeitungen und Zeitschriften gebührend berücksichtigen.

Sie werden ferner im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, dass der Verkaufspreis ausländischer Publikationen nicht unverhältnismässig über dem Verkaufspreis inländischer Publikationen liegt.

Sie werden ferner den Bezug persönlicher Abonnements von periodischen Publikationen aus anderen Teilnehmerstaaten, insbesondere von Tages- und Wochenzeitungen, einschliesslich von Geschenkabonnements, unbeschränkt zulassen und in rechtlicher, administrativer und sonstiger Hinsicht vereinfachen.

Sie werden ihren öffentlichen Bibliotheken und ähnlichen Institutionen empfehlen, bis zum nächsten KSZE-Folgetreffen in ihrer Hauptstadt und in anderen wichtigen Zentren des Landes "KSZE-Lesesäle" zu eröffnen, in welchen ein repräsentatives Angebot von Tages- und Wochenzeitungen sowie anderer periodisch erscheinender Publikationen aus anderen Teilnehmerstaaten aufliegt. Diese Lesesäle sind jedermann frei zugänglich. Die Teilnehmerstaaten werden die laufende Belieferung dieser Lesesäle durch Zeitungs- und Verlagsunternehmen ihres Landes erleichtern.

Die Teilnehmerstaaten erklären sich bereit, Pläne der intensiveren Zusammenarbeit zwischen ihren Presseagenturen im Hinblick auf einen regelmässigen Nachrichtenaustausch auf bilateraler und multilateraler Ebene zu befürworten und nach Massgabe ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Im gleichen Sinne unterstützen sie die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen von Agenturen, Zeitungen und Zeitschriften sowie Rundfunk und Fernsehen im Hinblick auf den Austausch von Artikeln, Beilagen, Sendungen und, sofern dies gewünscht wird, von redaktionellem Personal zu Ausbildungszwecken.

Sie begrüssen in diesem Zusammenhang auch die direkten Kontakte, den Meinungs austausch und die Zusammenarbeit unter den Journalisten sowie den Journalistenverbänden ihrer Länder, besonders auch im Rahmen der bestehenden internationalen Journalistenorganisationen und fördern diese nach Massgabe ihrer Möglichkeiten.

Die Teilnehmerstaaten werden über Anträge von Journalisten auf Erteilung von Ein- und Ausreisevisa kurzfristig entscheiden. Sie werden eine etwaige Ablehnung eines Gesuchs dem Antragsteller ausführlich begründen und auf dessen Ersuchen eine nochmalige Ueberprüfung des Gesuches vornehmen.

Sie werden die Visaerteilung von keinen Bedingungen abhängig machen, welche die Ausübung der journalistischen Arbeit beeinträchtigen können. Die Begleitung von Journalisten durch inländische Betreuer ist keine Voraussetzung zur Visaerteilung.

Die Teilnehmerstaaten werden die Verfahren zur Akkreditierung von Journalisten weiter erleichtern. Ständig akkreditierte Journalisten und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen erhalten Dauervisa für mindestens ein Jahr für eine unbeschränkte Anzahl von Ein- und Ausreisen.

Journalisten, die zum Zwecke einer regelmässigen Berichterstattung wiederholt einen anderen Teilnehmerstaat aufsuchen, wird auf Antrag nach dreimaligem Aufenthalt die Mitakkreditierung gewährt, auch wenn sie ihren Wohnsitz in ihrem Ursprungsland oder in einem dritten Teilnehmerstaat beibehalten. Akkreditierte und mitakkreditierte Journalisten verfügen grundsätzlich über die gleichen Arbeitsbedingungen.

Die Teilnehmerstaaten werden etwa noch bestehende Reisebeschränkungen für Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten (ausgenommen genau umschriebene und öffentlich bekanntgegebene militärische Sperrgebiete) weiter abbauen und keine neuen Beschränkungen einführen.

Sie sorgen ausserdem dafür, dass Reisen sowie journalistische Vorhaben, einschliesslich Interviews und Befragungen, keiner behördlichen oder sonstigen Genehmigungs- oder Meldepflicht unterliegen. Eine Begleitung durch inländische Betreuer erfolgt nur auf ausdrücklichen Wunsch des entsprechenden Journalisten.

Rundfunk- und Fernsehjournalisten sind berechtigt, ihre Bild- und Tontechniker sowie deren Ausrüstung einzusetzen. Wo spezielle Drehgenehmigungen für Fernsehaufnahmen erforderlich sind, werden diese speditiv erteilt. Ihre Ablehnung muss ausdrücklich begründet werden.

Die Teilnehmerstaaten werden den persönlichen und unmittelbaren Zugang sowie die Verbindungsaufnahme mit amtlichen und nichtamtlichen Stellen, Organisationen und Institutionen sowie mit Privatpersonen nicht behindern. Weder dem Journalisten noch seinen Informanten werden durch die Beschaffung oder Erteilung von Informationen Nachteile entstehen. Die Teilnehmerstaaten setzen sich für die Wahrung des journalistischen Berufsgeheimnisses ein.

Die Teilnehmerstaaten gestatten Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten die ungehinderte Mitnahme von Unterlagen- und Dokumentationsmaterial, das der Ausübung des Berufes dient, wie persönliche Notizen, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Kassetten- und Tonbandaufnahmen, Fotos, Filme.

Sie bestätigen das Recht namentlich der Rundfunk-, Fernseh- und Bildjournalisten, die zur Berichterstattung erforderliche technische Ausrüstung unter der alleinigen Bedingung der Wiederausfuhr frei einzuführen und werden dafür sorgen, dass dieses Material den Erfordernissen entsprechend zeitgerecht und vollständig ein- und ausgeführt werden kann.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ferner, dass die legitime Ausübung der beruflichen Tätigkeit weder zur Ausweisung von Journalisten noch anderweitig zu Strafmassnahmen gegen sie führen wird. Wenn gegen einen Journalisten dennoch eine solche Massnahme ergriffen wird, und er einen Antrag auf deren Ueberprüfung stellt, so wird die Wirkung dieser Massnahme bis zum endgültigen Entscheid aufgeschoben.

Berne, le 4 juillet 1950

Sie werden Journalisten auch nicht als Massnahme gegen ein Informationsmedium oder dessen Berichterstattung die Akkreditierung entziehen, ausweisen oder das Visum verweigern. Ebenso werden Handlungen von im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen nicht zu solchen Massnahmen gegen den Journalisten selbst oder zur Behinderung seiner journalistischen Tätigkeit führen.

Journalisten, die aus privaten Gründen und nicht zum Zwecke der Berichterstattung einen anderen Teilnehmerstaat besuchen, dürfen wegen ihres Berufes bei der Visaerteilung gegenüber anderen Angehörigen ihres Herkunftslandes nicht benachteiligt werden.

Die Teilnehmerstaaten fördern Kontaktmöglichkeiten für Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten mit den Informationsmedien des Inlandes und deren Mitarbeiter, u.a. durch die Errichtung von Pressezentren in ihren Hauptstädten, die sowohl der inländischen wie der ausländischen Presse zur Verfügung stehen.

Sie anerkennen ferner das Recht der akkreditierten Journalisten aus den anderen Teilnehmerstaaten, zur Wahrung ihrer Interessen eine Berufsvereinigung zu gründen, und erteilen diesen Vereinigungen die nötige Unterstützung.

Les Etats participants se déclarent prêts à mettre tout en œuvre afin de continuer à faciliter la diffusion sur leur territoire des journaux et publications imprimées, périodiques ou non périodiques, en provenance des autres Etats participants.

Ils feront notamment tout leur possible en vue d'élargir l'offre des journaux et revues en provenance des autres Etats participants dans des points de vente accessibles au public. Lors du choix de l'offre, ils tiendront dûment compte de la diversité d'opinions dans les pays d'origine de ces journaux et revues.

Berne, le 4 juillet 1980

FRANÇAIS

Original: ALLEMAND

I N F O R M A T I O N

Conformément à l'objectif de l'Acte final de la CSCE de faciliter une diffusion plus libre et plus large de l'information de toute nature, d'encourager la coopération dans le domaine de l'information et l'échange d'informations avec d'autres pays, ainsi que d'améliorer les conditions dans lesquelles les journalistes d'un Etat participant exercent leur profession dans un autre Etat participant, et

Compte tenu du développement intervenu dans ce domaine depuis la signature de l'Acte final

Les Etats participants ont accepté ce qui suit:

Les Etats participants se déclarent prêts à mettre tout en oeuvre afin de continuer à faciliter la diffusion sur leur territoire des journaux et publications imprimées, périodiques ou non périodiques, en provenance des autres Etats participants.

Ils feront notamment tout leur possible en vue d'élargir l'offre des journaux et revues en provenance des autres Etats participants dans des points de vente accessibles au public. Lors du choix de l'offre, ils tiendront dûment compte de la diversité d'opinions dans les pays d'origine de ces journaux et revues.

En outre, ils veilleront dans la mesure du possible à ce que le prix de vente des publications étrangères ne soit pas disproportionné par rapport au prix de vente des publications indigènes.

De plus, ils autoriseront sans limitation les abonnements personnels, y compris les abonnements-cadeaux, à des publications périodiques des autres Etats participants, en particulier à des quotidiens et hebdomadaires, et simplifieront leur obtention sur le plan juridique, administratif et autre.

Ils donneront à leurs bibliothèques publiques et institutions comparables la recommandation d'ouvrir d'ici à la prochaine réunion dans le cadre des suites de la CSCE dans leur capitale et autres centres importants du pays des "salles de lecture CSCE" dans lesquelles se trouvera un choix représentatif des quotidiens et hebdomadaires des autres Etats participants, ainsi que d'autres publications de ces Etats paraissant périodiquement. Ces salles de lecture seront librement accessibles à tous. Les Etats participants faciliteront l'approvisionnement courant de ces salles de lecture par l'intermédiaire des journaux et maisons d'édition de leur pays.

Les Etats participants se déclarent prêts à approuver des projets visant à intensifier la collaboration entre leurs agences de presse en vue d'un échange régulier de nouvelles sur le plan bilatéral et multilatéral, et à les appuyer dans la mesure du possible.

Dans le même sens, ils soutiennent la collaboration directe entre les rédactions d'agences, de journaux, de revues, de la radio et de la télévision, en vue de l'échange d'articles, d'annexes, d'émissions et, si souhaité, de personnel de rédaction à des fins de formation.

Dans ce contexte, ils saluent également les contacts directs, l'échange d'opinions et la coopération entre journalistes et associations de journalistes de leurs pays, en particulier aussi ceux qui se font dans le cadre des organisations internationales de journalistes existantes. Ils soutiennent ces organisations internationales dans la mesure du possible..

Les Etats participants feront connaître à court terme leurs décisions sur des demandes de visas d'entrée et de sortie présentées par des journalistes. Ils donneront au demandeur les raisons détaillées en cas de refus et, sur demande, procéderont à un nouvel examen de la requête.

Ils ne subordonneront l'octroi d'un visa à aucune condition qui pourrait porter préjudice au travail du journaliste. L'accompagnement du journaliste par un guide indigène n'est pas une condition préalable à l'octroi d'un visa.

Les Etats participants continueront à faciliter la procédure d'accréditation des journalistes. Les journalistes accrédités en permanence, ainsi que les membres de leurs familles vivant en ménage commun, obtiennent un visa leur permettant un nombre illimité d'entrées et de sorties pendant une année au minimum.

Des journalistes qui se rendent de façon répétée dans d'autres Etats participants afin de donner une information régulière recevront sur demande, après trois séjours, la co-accréditation, même s'ils conservent leur domicile dans leur pays d'origine ou dans un autre Etat participant. Les journalistes accrédités et co-accrédités sont soumis en principe aux mêmes conditions de travail.

Les Etats participants continueront à réduire les restrictions de voyage des journalistes des autres Etats participants qui pourraient encore exister (à l'exception des zones militaires bien déterminées et indiquées au public) et n'introduiront pas de nouvelles restrictions.

En outre, ils veillent à ce que les voyages et les projets journalistiques, y compris les interviews et enquêtes, ne soient soumis à aucune autorisation ou obligation de s'annoncer préalablement auprès d'autorités ou d'autres instances. Un accompagnement par un guide indigène ne se fait que si le journaliste concerné en émet expressément le désir.

Les journalistes de la radio et de la télévision sont autorisés à engager leurs techniciens son et image ainsi que leur équipement. Si des autorisations spéciales de tourner sont requises pour la télévision, celles-ci seront accordées de manière expéditive. Les raisons de leur refus devront être données expressément.

Les Etats participants n'empêcheront pas l'accès personnel et immédiat ainsi que l'établissement de contacts avec des offices, des organisations et des institutions publics ou privés, ainsi qu'avec des personnes privées. Ni le journaliste ni son informateur ne subiront des préjudices à la suite de l'obtention ou de la communication d'informations. Les Etats participants s'engagent à sauvegarder le secret professionnel du journaliste.

Les Etats participants autorisent les journalistes d'autres Etats participants à prendre librement avec eux les pièces et le matériel de documentation nécessaires à l'accomplissement de leur travail, comme les notes personnelles, journaux, revues, livres, cassettes et bandes enregistrées, photos, films.

Ils confirment spécialement le droit des journalistes de la radio, de la télévision et du cinéma, d'importer librement l'équipement technique nécessaire à l'information, à la seule condition de réexportation, et feront en sorte que ce matériel puisse être importé et exporté dans les délais et au complet, conformément aux besoins.

Les Etats participants affirment en outre que l'exercice légitime de l'activité professionnelle ne conduira ni à l'expulsion de journalistes ni à d'autres mesures pénales à leur égard. Si néanmoins une telle mesure devait être prise contre un journaliste et si celui-ci présentait une demande de réexamen, cette mesure ne porterait effet qu'après qu'une décision définitive eut été prise.

Ils ne prendront pas non plus de mesures contre un moyen d'information ou contre son contenu en retirant l'accréditation à un journaliste, en l'expulsant ou en lui refusant le visa. De même, les actions des membres de sa famille vivant en ménage commun ne mèneront pas à prendre des mesures semblables contre le journaliste lui-même ou à entraver son activité de journaliste.

Les journalistes qui se rendent dans un autre Etat participant à titre privé et non dans un but d'information ne devront pas être défavorisés en raison de leur profession par rapport à d'autres ressortissants de leur pays d'origine lors de l'octroi du visa.

Les Etats participants favorisent les possibilités de contacts pour les journalistes des autres Etats participants avec les media du pays et leurs collaborateurs, en particulier par la mise sur pied de centres de presse dans leurs capitales à la disposition aussi bien de la presse indigène que de la presse étrangère.

Agreed, 13-6-1980

Ils reconnaissent en outre le droit aux journalistes accrédités des autres Etats participants de fonder une association professionnelle afin de sauvegarder leurs intérêts et apportent à cette association l'appui nécessaire.

with the intention of developing and enlarging...
have, in this context, agreed to adopt the following:

2. Prior notification of major military manoeuvres

The participating States will notify their major military manoeuvres exceeding a total of 10,000 troops 30 days in advance of the start of the manoeuvre in accordance with the relevant provisions of the Final Act of the CSCE.

The term "major military manoeuvres" is applicable also to smaller-scale military manoeuvres which are carried out alone or in conjunction with other units in the same command and which, together, exceed a total of 10,000 troops.

They will also, in their notification of major military manoeuvres, include additional information as referred to in the Final Act on the number and types of participating major units, the level of command, the estimated starting and finishing dates of the movements of the forces involved, as well as the period of absence from their regular duty stations.

Boograd, 18-6-1980

The participating States,

considering the experience gained by the implementation of the confidence-building measures contained in the Final Act, with the intention of developing and enlarging measures aimed at strengthening confidence,

have, in this context, agreed to adopt the following:

1. Prior notification of major military manoeuvres

The participating States will notify their major military manoeuvres exceeding a total of 18,000 troops 30 days or more in advance of the start of the manoeuvre in accordance with the relevant provisions of the Final Act of the CSCE,

The term "major military manoeuvres" is applicable also to smaller-scale military manoeuvres which are carried out close to each other in time and space under the same command and which, together, exceed a total of 18,000 troops.

They will also, in their notification of major military manoeuvres, include additional information as referred to in the Final Act on the number and types of participating major units, the level of command, the estimated starting and finishing dates of the movements of the forces involved, as well as the period of absence from their regular duty stations.

2. Prior notification of other military manoeuvres

The participating States recognize, furthermore, that the prior notification of manoeuvres encompassing less than 10,000 troops will contribute further to reducing tension and to confidence-building.

3. Exchange of observers

The participating States have agreed to adopt the following as guide-lines when inviting observers in accordance with the relevant provisions of the Final Act to attend military manoeuvres:

- Observers will be given ample and continuous information as well as the opportunity of acquiring a good overall picture of the purpose and progress of the manoeuvres;
- Observers will be allowed, if feasible, to follow the activities of command staffs and field units and to have personal contacts with troops;
- Observers from different participating States attending the same manoeuvre will be offered equal opportunities to carry out their functions.

4. Prior notification of major military movements

The participating States will notify their major military movements to all other participating States through

usual diplomatic channels in accordance with the following provisions:

Notification will be given of major military movements exceeding a total of 18,000 troops (in this context the word "troops" includes amphibious and airborne troops).

Notification will be given of major military movements within or into the area of application as defined in the Final Act concerning prior notification of major military manoeuvres, when the movement extends over a straight-line distance of more than /100/ km from the point of origin.

The term "major military movements" is applicable also to smaller scale military movements which are undertaken sequentially, in units or not in units, as part of the same basic operation, and heading for the same general area of destination, and which within 60 days from the start of the first movement in the aggregate exceed a total of 18,000 troops.

Notification will be given 30 days or more in advance of the start of the movement or in the case of a movement arranged at shorter notice at the earliest possible opportunity prior to its starting date.

Notification will contain information of the general purpose of and the States involved in the movement, the number and types of the participating major units and

the numerical strength of the forces engaged, the estimated time frame and direction of the movement and its place or places of origin and destination if located within the applicable area. The participating States will also, if possible, provide additional relevant information.

5. Prior notification of naval exercises involving amphibious forces

Taking into account the special military significance attached in the Final Act to amphibious forces and recognising that naval exercises involving a significant number of amphibious forces near the territorial waters of other participating States may give rise to particular concern and tension, the participating States will notify their naval exercises involving amphibious forces in accordance with the following provisions:

- Notification will be given of naval exercises involving more than 5,000 amphibious troops and/or more than 10 major amphibious vessels.

- Notification will be given of any such naval exercise which takes place in European waters. For the purposes of this measure, the term "European waters" is defined as the inner seas of Europe, i.e. the Baltic, the North Sea and the Black Sea, the Mediterranean and the ocean areas adjacent to the territorial waters of the participating States.

- Notification will be given 30 days or more in advance of the start of the exercise or, in the case of an exercise arranged at shorter notice, at the earliest possible opportunity prior to its starting date.

- Notification will be given to all other States participating in the CSCE through usual diplomatic channels.

- Notification will contain information of the general purpose of the exercise and the States involved, the number and types of the participating naval units, particularly as regards amphibious vessels, the number of amphibious troops involved, the area and estimated time-frame of the conduct of the exercise, as well as, if feasible, other relevant information.

6. Prior notification of major naval exercises

The participating States recognise that by notifying major naval exercises which take place in European waters they will contribute further to reducing tension and to confidence-building. When notifying such naval exercises they will apply the same provisions mutatis mutandis as agreed upon concerning naval exercises involving amphibious forces.

They have agreed, furthermore, to continue endeavours with a view to developing confidence-building measures in the field of naval exercises, seeking inter alia a definition of the term "major naval exercise".

Belgrad, 14.6.1955

7. Openness of information concerning military expenditures

Recognizing that increased openness in military matters contributes to the strengthening of confidence among them, the participating States will display openness with regard to their military expenditures, taking also into account ongoing efforts in a multilateral context.

8. Other confidence-building measures

The participating States recognize that there exist additional measures which may usefully serve the common objectives as contained in the Final Act. They have agreed therefore to continue endeavours with a view to developing and enlarging such measures.

1. Further announcement of greatest military manoeuvres

Die Teilnehmerstaaten werden ihre grössten militärischen Manöver, die eine Gesamtstärke an Landtruppen von 18'000 Oberstufen, 30 Tage oder mehr vor Beginn des Manövers in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der OSZE-Schlussakte ankündigen.

Der Begriff "grösste militärische Manöver" ist auch auf kleinere militärische Manöver anwendbar, die zeitlich und räumlich eng zusammenhängend unter dem gleichen Kommando durchgeführt werden und zwischen die Gesamtstärke an Landtruppen von 18'000 Oberstufen fallen.

Sie werden in ihrer Ankündigung grösster militärischer Manöver sich zusätzlich zu den in der Schlussakte bezeichneten Informationen einschliessen über Zweck und Art der eingesetzten Truppenverbände, die Standorte, die geplanten Anfangs- und Abschlussstermine der Bewegungen der beteiligten Truppen sowie die Dauer der Abwesenheit von ihren regulären Standorten.

Belgrad, 18.6.1980

N+W-Entwurf betr Vertrauensbildende Massnahmen

Deutsch (nichtoffizielle Uebersetzung)

Original: Englisch

Die Teilnehmerstaaten,

In der Erwägung der Erfahrung, die mit der Durchführung der in der Schlussakte enthaltenen vertrauensbildenden Massnahmen gewonnen wurde;

In der Absicht, Massnahmen, welche die Stärkung des Vertrauens bezwecken, zu entwickeln und auszudehnen;

Sind in diesem Zusammenhang übereingekommen, das folgende anzunehmen:

1. Vorherige Ankündigung von grösseren militärischen Manövern

Die Teilnehmerstaaten werden ihre grösseren militärischen Manöver, die eine Gesamtstärke an Landstreitkräften von 18'000 übersteigen, 30 Tage oder mehr vor Beginn des Manövers in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der KSZE-Schlussakte ankündigen.

Der Begriff "grössere militärische Manöver" ist auch auf kleinere militärische Manöver anwendbar, die zeitlich und räumlich eng zusammenliegend unter dem gleichen Kommando durchgeführt werden und zusammen die Gesamtstärke an Landstreitkräften von 18'000 überschreiten.

Sie werden in ihrer Ankündigung grösserer militärischer Manöver auch zusätzliche in der Schlussakte bezeichnete Informationen einschliessen über Anzahl und Arten der eingesetzten Grossen Verbände, die Kommando-stufe, die geschätzten Anfangs- und Abschlusstermine der Bewegungen der beteiligten Truppen sowie die Dauer der Abwesenheit von ihren regulären Standorten.

2. Vorherige Ankündigung anderer militärischer Manöver

Die Teilnehmerstaaten erkennen ferner an, dass die vorherige Ankündigung von Manövern, die weniger als eine Gesamtstärke an Landstreitkräften von 18'000 umfassen, weiter zur Spannungsverminderung und Vertrauensbildung beiträgt.

3. Austausch von Beobachtern

Die Teilnehmerstaaten sind übereingekommen, das folgende als Richtlinien anzunehmen, wenn sie in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Bestimmungen der Schlussakte Beobachter zur Teilnahme an militärischen Manövern einladen:

- Beobachtern wird umfassende und laufende Information geboten sowie die Möglichkeit, sich ein gutes Gesamtbild über Zweck und Verlauf des Manövers zu bilden;
- Es ist den Beobachtern, soweit durchführbar, gestattet, die Aktivitäten der Kommandostäbe und der Truppeneinheiten zu verfolgen und persönlichen Kontakt mit der Truppe zu haben;
- Beobachtern aus verschiedenen Teilnehmerstaaten, welche am gleichen Manöver teilnehmen, werden die gleichen Möglichkeiten zur Ausübung ihrer Funktionen geboten.

4. Vorherige Ankündigung grösserer militärischer Bewegungen

Die Teilnehmerstaaten werden ihre grösseren militärischen Bewegungen allen andern Teilnehmerstaaten auf üblichem diplomatischem Wege in Übereinstimmung mit den folgenden Bestimmungen ankündigen:

Ankündigungen werden gegeben von grösseren militärischen Bewegungen von Landstreitkräften in einer Gesamtstärke von mehr als 18'000 (in diesem Zusammenhang schliesst der Begriff "Landstreitkräfte" amphibische und Luftlandkräfte ein).

von Teilnehmerstaaten durchgeführt werden, zu besonderen Befürchtungen Ankündigungen werden gegeben von grösseren militärischen Bewegungen in das betreffende Gebiet oder innerhalb desselben, wie in der Schlussakte hinsichtlich der vorherigen Ankündigung grösserer militärischer Manöver definiert, wenn sich die Bewegung über eine geradlinige Entfernung von mehr als (100) km vom Ausgangspunkt erstreckt.

Der Begriff "grössere militärische Bewegungen" ist auch auf kleinere militärische Bewegungen anwendbar, welche aufeinanderfolgend, in Einheiten oder nicht in Einheiten, als Teil der gleichen Grundoperation und auf den gleichen allgemeinen Bestimmungsbereich gerichtet durchgeführt werden und welche innerhalb 60 Tagen seit Beginn der ersten Bewegung die Gesamtstärke an Landstreitkräften von 18'000 überschreiten.

Die Ankündigung wird 30 Tage oder mehr vor Beginn der Bewegung gegeben, oder, wenn eine Bewegung kurzfristiger angesetzt wird, so frühzeitig wie möglich vor dem Datum ihres Beginns.

Die Ankündigung wird Angaben über den allgemeinen Zweck und die an der Bewegung beteiligten Staaten, die Anzahl und Arten der teilnehmenden Grossen Verbände und die zahlenmässige Stärke der teilnehmenden Streitkräfte, den geschätzten zeitlichen Rahmen und die Richtung der Bewegung, sowie deren Ausgangs- und Bestimmungspunkte, sofern diese innerhalb des Anwendungsgebietes liegen, enthalten. Die Teilnehmerstaaten werden ebenso, wenn möglich, zusätzliche einschlägige Angaben zur Verfügung stellen.

5. Vorherige Ankündigung von Uebungen der Seestreitkräfte unter Teilnahme amphibischer Kräfte

Unter Berücksichtigung der besonderen militärischen Bedeutung, welche die Schlussakte amphibischen Kräften beimisst und in der Erkenntnis, dass Uebungen von Seestreitkräften, in die eine bedeutende Zahl amphibischer Kräfte einbezogen ist, die nahe den Territorialgewässern ande-

rer Teilnehmerstaaten durchgeführt werden, zu besonderen Befürchtungen und Spannungen Anlass geben können, werden die Teilnehmerstaaten ihre Uebungen von Seestreitkräften, an denen amphibische Kräfte teilnehmen, in Uebereinstimmung mit den folgenden Bestimmungen ankündigen:

- Ankündigungen werden gegeben von Uebungen von Seestreitkräften, an denen mehr als 5'000 Mann amphibischer Kräfte und/oder mehr als 10 grössere Landeschiffe teilnehmen;
- Ankündigungen werden gegeben von allen solchen Uebungen von Seestreitkräften, die in europäischen Gewässern stattfinden. Im Rahmen dieser Massnahme bedeutet der Begriff "europäische Gewässer" die Binnenmeere Europas, dh die Ostsee, die Nordsee und das Schwarze Meer, das Mittelmeer und die Seegebiete des Ozeans, die an die Territorialgewässer der Teilnehmerstaaten anstossen.
- Die Ankündigung wird 30 Tage oder mehr vor Beginn der Uebung gegeben, oder, wenn eine Uebung kurzfristiger angesetzt wird, so frühzeitig wie möglich vor dem Datum ihres Beginnes.
- Die Ankündigung wird allen andern Teilnehmerstaaten auf üblichem diplomatischem Wege gegeben.
- Die Ankündigung wird Angaben über den allgemeinen Zweck und die an der Uebung beteiligten Staaten, die Anzahl und Arten der eingesetzten Schiffseinheiten, besonders hinsichtlich der Landeschiffe, die Stärke der teilnehmenden amphibischen Kräfte, das Gebiet und den geschätzten zeitlichen Rahmen ihrer Durchführung sowie, wenn möglich, zusätzliche einschlägige Angaben enthalten.

6. Vorherige Ankündigung grösserer Uebungen von Seestreitkräften

Die Teilnehmerstaaten anerkennen, dass sie mit der Ankündigung grösserer Uebungen von Seestreitkräften, die in europäischen Gewässern stattfinden, weiter zur Spannungsverminderung und Vertrauensbildung beitragen. Wenn sie solche Uebungen von Seestreitkräften ankündigen, werden sie mutatis mutandis die gleichen Bestimmungen, wie sie zur Ankündigung von Uebungen von Seestreitkräften unter Teilnahme von amphibischen Kräften angenommen wurden, anwenden.

Belgrade, le 18 juin 1960

Sie haben ferner angenommen, Bestrebungen hinsichtlich der Entwicklung von vertrauensbildenden Massnahmen im Bereiche von Uebungen von Seestreitkräften weiterzuführen in der Suche inter alia nach einer Definition des Begriffes "grössere Uebungen von Seestreitkräften".

Papier VIII sur les CSM

7. Offenheit bezüglich Angaben über Militärausgaben

In der Erkenntnis, dass grössere Offenheit hinsichtlich militärischer Fragen zur Stärkung des Vertrauens unter ihnen beiträgt, werden die Teilnehmerstaaten Offenheit üben bezüglich ihrer Militärausgaben, unter Berücksichtigung der in multinationalem Rahmen unternommenen Bemühungen.

8. Andere vertrauensbildende Massnahmen

Die Teilnehmerstaaten erkennen an, dass es weitere Mittel gibt, durch welche die in der Schlussakte enthaltenen gemeinsamen Ziele gefördert werden können. Demzufolge haben sie angenommen, Bestrebungen zur Entwicklung und Erweiterung solcher Massnahmen weiterzuführen.

1. Notification préalable des manoeuvres militaires d'envergure

Les Etats participants donneront notification de leurs manoeuvres militaires d'envergure comprenant au total plus de 18'000 hommes des formations terrestres 30 jours au moins avant le début des manoeuvres en accord avec les dispositions pertinentes de l'Acte final de la CSCE.

L'expression "manoeuvres militaires d'envergure" s'applique également aux manoeuvres militaires de moindre envergure qui se déroulent à des intervalles de temps et en des lieux rapprochés, sous un commandement commun, lorsque, prises ensemble, elles comprennent un total plus de 18'000 hommes des formations terrestres.

FRANÇAIS (traduction inofficielle)

Original : ANGLAIS

Papier N+N sur les CBM

Les Etats participants,

Considérant l'expérience obtenue par la mise en oeuvre des mesures de confiance contenues dans l'Acte final,

Avec l'intention de développer et d'amplifier les mesures destinées à renforcer la confiance,

Ont, dans ce contexte, accepté d'adopter ce qui suit:

1. Notification préalable des manoeuvres militaires d'envergure

Les Etats participants donneront notification de leurs manoeuvres militaires d'envergure comprenant au total plus de 18'000 hommes des formations terrestres 30 jours au moins avant le début des manoeuvres en accord avec les dispositions pertinentes de l'Acte final de la CSCE.

L'expression "manoeuvres militaires d'envergure" s'applique également aux manoeuvres militaires de moindre envergure qui se déroulent à des intervalles de temps et en des lieux rapprochés, sous un commandement commun, lorsque, prises ensemble, elles comprennent un total plus de 18'000 hommes des formations terrestres.

Ils fourniront également, dans leur notification des manoeuvres militaires d'envergure, des renseignements supplémentaires comme mentionné dans l'Acte final concernant le nombre et les catégories des grandes unités engagées, le niveau du commandement, les dates prévues pour le début et la fin des mouvements des forces engagées, ainsi que la durée d'absence de leurs lieux de cantonnement ordinaires.

2. Notification préalable d'autres manoeuvres militaires

Les Etats participants reconnaissent en outre que la notification préalable de manoeuvres comprenant moins de 18'000 hommes des formations terrestres contribuera davantage à réduire la tension et à renforcer la confiance.

3. Echange d'observateurs

Les Etats participants ont décidé d'adopter ce qui suit comme ligne de conduite lorsqu'ils inviteront des observateurs à participer à des manoeuvres militaires conformément aux dispositions pertinentes de l'Acte final:

- Les observateurs recevront des renseignements abondantes et continues et la possibilité leur sera donnée également d'avoir une bonne vue d'ensemble de l'objet et des progrès des manoeuvres;
- Les observateurs recevront l'autorisation de suivre, si possible, les activités des états-majores et des unités sur le terrain et d'avoir des contacts personnels avec des troupes.

- Aux observateurs de différents Etats participants qui participent aux mêmes manoeuvres seront offerts les conditions identiques dans l'exercice de leurs fonctions.

4. Notification préalable de mouvements militaires d'envergure

Les Etats participants notifieront leurs mouvements militaires d'envergure à tous les autres Etats participants par les voies diplomatiques habituelles en tenant compte des dispositions suivantes

Notification sera donnée des mouvements militaires d'envergure comprenant au total plus de 18'000 hommes des formations terrestres (dans ce contexte, l'expression "formations terrestres" couvre les unités amphibies et aéroportées).

Notification sera donnée des mouvements militaires d'envergure dans la zone d'application telle que définie dans la partie de l'Acte final concernant la notification préalable des manoeuvres militaires d'envergure, lorsque ces mouvements s'étendent sur une distance en ligne droite dépassant 100 km du point d'origine.

L'expression "mouvements militaires d'envergure" s'applique également aux mouvements militaires à plus petite échelle qui sont entrepris en série, en unités ou non, font partie de la même opération de base, dont la destination est la même zone générale et qui, 60 jours au moins à compter dès le début des premiers mouvements, comprennent au total plus de 18'000 hommes des formations terrestres.

Notification sera donnée 30 jours au moins avant le début de ces mouvements, ou bien, si les mouvements sont décidés moins longtemps à l'avance, le plus tôt possible avant la date de leur commencement.

La notification contiendra des renseignements portant sur le but général du mouvement, les Etats qui y sont impliqués, le nombre et les catégories des grandes unités participant à ce mouvement et l'importance numérique des forces engagées, le calendrier estimatif et la direction du mouvement, ainsi que son ou ses lieux d'origine et de destination s'ils se trouvent dans la zone d'application. Les Etats participants fourniront également, si possible, des renseignements pertinents supplémentaires.

5. Notification préalable d'exercices navals mettant en jeu des forces amphibies

Considérant la signification militaire particulière donnée dans l'Acte final aux forces amphibies et reconnaissant que des exercices navals impliquant un nombre significatif de forces amphibies à proximité des eaux territoriales d'autres Etats participants peuvent contribuer à accroître leur intérêt particulier et la tension, les Etats participants notifieront leurs exercices navals impliquant des forces amphibies en accord avec les dispositions suivantes:

- Notification sera donnée des exercices navals impliquant plus de 5000 hommes des forces amphibies et/ou plus de 10 grands navires amphibies.
- Notification sera donnée de chaque exercice naval de ce genre qui a lieu dans des eaux européennes. Pour ces mesures, l'expression "eaux européennes" couvre les mers intérieures de l'Europe, c'est-à-dire la Baltique, la Mer du Nord et la Mer Noire, la Méditerranée et les zones de l'Océan contiguës aux eaux territoriales des Etats participants.

7. Préavis dans les renseignements sur les dépenses militaires
- Notification sera donnée 30 jours au moins avant le début de l'exercice, ou bien, si l'exercice est décidé moins longtemps à l'avance, le plus tôt possible avant la date de son commencement.
 - Notification sera donnée à tous les autres Etats participants de la CSCE par les voies diplomatiques habituelles.
 - La notification contiendra des renseignements portant sur le but général de l'exercice et les Etats qui y sont impliqués, le nombre et les catégories des unités navales engagées, particulièrement en ce qui concerne les navires amphibies, le nombre des troupes amphibies impliquées, la zone et le calendrier estimatif de la conduite de l'exercice, ainsi que, si possible, d'autres renseignements pertinents.

6. Notification préalable d'exercices navals d'envergure

Les Etats participants reconnaissent qu'en notifiant les exercices navals d'envergure qui ont lieu dans des eaux européennes ils contribueront davantage à réduire la tension et à renforcer la confiance. Lorsqu'ils notifient de tels exercices navals, ils appliqueront les mêmes dispositions mutatis mutandis sur lesquelles ils se sont mis d'accord concernant les exercices navals impliquant des forces amphibies.

Ils ont en outre accepté de continuer à s'efforcer de développer les mesures propres à renforcer la confiance dans le domaine des exercices navals, cherchant inter alia une définition de l'expression "exercice naval d'envergure".

7. Franchise dans les renseignements sur les dépenses militaires

Reconnaissant qu'une franchise accrue dans le domaine des questions militaires contribue à renforcer la confiance entre eux, les Etats participants montreront de la franchise concernant leurs dépenses militaires, prenant également en considération des efforts dans cette direction faits dans un contexte multilatéral.

8. Autres mesures destinées à renforcer la confiance

Les Etats participants reconnaissent qu'il existe des moyens supplémentaires qui permettraient utilement de servir les mêmes objectifs que ceux indiqués dans l'Acte final. Ils sont donc convenus de continuer à s'efforcer de développer et d'amplifier de telles mesures.

1. Für die Nahrungsmittel-Nothilfe zu Gunsten des hungernden Afrikas wird aus dem Rahmenkredit für die internationale humanitäre Hilfe der Eidgenossenschaft (88 vom 14.3.1979) - und zu Lasten der darin vorgesehenen Reserve für aussergewöhnliche Katastrophenfälle - ein Betrag von 3 Millionen Franken freigegeben.

Das Département für auswärtige Angelegenheiten wird ermächtigt, bis zu 500'000 Franken operationelle Hilfe durch die Zurverfügungstellung von Transportfachleuten des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps an das Welternährungsprogramm zu leisten und den Restbetrag von mindestens 2,5 Millionen Franken als Geldbeitrag für Aktionen in Afrika an das Welternährungsprogramm zu überweisen.

Der erforderliche Zahlungskredit von 3 Millionen Franken wird unter Rubrik 202.493.29 "Internationale Hilfswerke" in die Nachtragsbegehren 2. Teil 1980 aufgenommen. Hierauf wird ein zinglicher Vorschuss in gleicher Höhe bewilligt.

- Bevollmächtigter an:
- 15 (CS 3, DEN 12) zum Vollzug
 - 7 zur Kenntnis
 - 5 " " " " " " " "
 - 2 " " " " " " " "

Für gestrichen Auszug,
der Protokollführer: